

## **Sammlung**

der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der  
223. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder  
vom 11. bis 13.06.25 in Bremerhaven

---

### **TOP 45:            Linksextremistische Angriffe auf Einrichtungen der Kritischen                           Infrastruktur und Wirtschaftsunternehmen**

#### **Beschluss:**

1. Die IMK nimmt den Bericht „Linksextremistische Angriffen auf Einrichtungen der Kritischen Infrastruktur und Wirtschaftsunternehmen -VS-NfD-“ (*nicht freigegeben*) (Stand: 01.04.25) zur Kenntnis. Sie begrüßt insbesondere
  - a. die tiefgehende Analyse der ideologischen Hintergründe für Straftaten der linksextremistischen Szene zum Nachteil von Wirtschaftsunternehmen und Kritischer Infrastruktur,
  - b. die Herausarbeitung der geographischen Schwerpunkte der Aktionen und Anschläge,
  - c. die Darstellung typischer Modi Operandi am Beispiel zahlreicher herausragender Angriffe in den vergangenen drei Jahren,
  - d. die Bewusstseinschärfung für die Gefährdung durch Sabotage auch durch ausländische Nachrichtendienste.
2. Sie stellt fest, dass Linksextremisten unter Berufung auf verschiedene ideologische Begründungszusammenhänge zunehmend für schwere politisch motivierte Straftaten gegen Wirtschaftsunternehmen und Kritische Infrastruktur verantwortlich sind und dabei auch erhebliche Folgewirkungen und Beeinträchtigungen weiter Teile der Gesellschaft billigend in Kauf nehmen.
3. Die IMK betont ausdrücklich, dass auch legitime Anliegen wie effizientere Klimaschutzmaßnahmen oder der Wunsch nach Frieden in Europa in keinem Fall eine Rechtfertigung für Anschläge gegen Wirtschaftsunternehmen und Kritische Infrastruktur oder sonstige Straftaten darstellen.

## Sammlung

der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der

223. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder

vom 11. bis 13.06.25 in Bremerhaven

---

noch TOP 45

4. Sie stellt in diesem Zusammenhang fest, dass Linksextremisten bereit sind, sehr hohe materielle und wirtschaftliche Schadenssummen hervorzurufen und damit den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt zu beschädigen.
5. Die IMK setzt sich daher dafür ein, die wirtschaftlichen Auswirkungen der links-extremistisch motivierten Anschläge gegen Wirtschaftsunternehmen und Kritische Infrastruktur sowie die dadurch verursachte Beunruhigung der Betroffenen und der Bevölkerung noch stärker in den Blick zu nehmen.
6. Sie begrüßt vor diesem Hintergrund die engagierten Ermittlungen der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden in Bund und Ländern zur Aufklärung und Ahndung dieser Angriffe.
7. Die IMK hält es für dringend geboten, dass die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern der Verhinderung und Aufklärung linksextremistisch motivierter Anschläge gegen Wirtschaftsunternehmen und Kritische Infrastruktur weiterhin eine hohe Priorität einräumen.
8. Sie stellt fest, dass die Betreiber von Kritischen Infrastrukturen für den Betrieb ihrer Anlagen in erster Linie selbst verantwortlich sind. Dennoch ist der Schutz Kritischer Infrastrukturen eine gesamtstaatliche Aufgabe, bei der Bund, Länder und Kommunen entsprechend ihrer jeweiligen Zuständigkeiten eng auch mit den Betreibern zusammenarbeiten, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die IMK unterstützt den Bund bei der nationalen Umsetzung der CER-Richtlinie, die die Stärkung der Resilienz von Kritischen Infrastrukturen zum Ziel hat. Danach sollen die wichtigsten Unternehmen aus Bundessicht identifiziert werden, die sodann auf Grundlage von nationalen und betreiberseitigen Risikoanalysen Maßnahmen zur Stärkung ihrer Resilienz ergreifen sollen.
9. Die IMK bittet ihren Vorsitzenden, die JuMiKo und die VMK über diesen Beschluss und den Bericht zu informieren.